

BEGLEITTEXT  
AUS DER PERSPEKTIVE VON  
**BENJAMIN BARBER**  
VERFAST VON FLORIAN WEBER-STEIN

INHALTSVERZEICHNIS

1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT? .....	1
2. Ist Ungleichheit als ein gewichtiges Defizit der Demokratie zu werten? .....	4
3. Was sind zentrale Gründe für Ungleichheit in (westlichen) Demokratien? .....	6
4. Wie sollten wir mit Ambiguität (Mehrdeutigkeit, Widersprüchlichkeit) und Ambivalenzen im Bereich des Politischen umgehen?.....	7
5. Gibt es Wahrheit? Wie und auf welcher Grundlage kann ich zwischen richtig und falsch unterscheiden? .....	8
6. Was prägt unsere Sicht auf die Welt bzw. was prägt unseren Urteilsstandort? Und was gilt es daher im Sinne eines möglichst freien Denkens und Urteilens kritisch in den Blick zu nehmen? 10	10
7. In Referenz auf die Arbeiten und das Denken von Barber: Welche Impulse/Ratschläge lassen sich in Bezug auf politische Urteilsbildung oder ein „gutes politisches Urteil“ nennen/ableiten? (Was sollte im politischen Urteilen berücksichtigt werden? Was wäre nicht gut? Was macht ein gutes politisches Urteil aus?...) .....	11
Literatur .....	15

---

**1. WAS SIND ZENTRALE KENNZEICHEN EINER GUTEN DEMOKRATIE/GESELLSCHAFT?**

Eine gute Demokratie ist für Barber niemals nur eine Herrschaftsform. Demokratische Herrschaft bedeutet, dass politische Ämter durch faire Wahlen und nur auf Zeit verliehen werden. Die politische Elite kann in einer Demokratie nicht willkürlich und nach eigenem Gutdünken handeln, sondern ist in ihren Entscheidungen dem Volk verpflichtet, dem es Rechenschaft ablegen muss und welches sie per Abwahl sanktionieren kann. Die Rolle der Bürger\*innen ist in diesem Demokratieverständnis auf den Wahlakt beschränkt, durch den die politische Elite bestätigt oder ausgetauscht wird – deshalb bezeichnet Barber ein

rein auf den Herrschaftsaspekt reduziertes Verständnis als „dünne“ bzw. „magere“ (*thin*) Demokratie.

Barber hält eine solches „dünnnes“ Demokratieverständnis mit Blick auf die Rolle der Bürgerschaft für unzureichend. Es unterstellt, dass Bürgerinnen und Bürger im Voraus bestehende, fixe Interessen und darauf aufbauende Vorstellungen davon haben, welche Entscheidungen sie sich von den Politiker\*innen wünschen. Die Auswahl zwischen politischen Parteien oder Kandidat\*innen wird damit auf eine Entscheidung reduziert, wie wir sie als Konsument\*innen in unseren privaten Angelegenheiten treffen (Möchte ich lieber die Fußballübertragung oder den Spielfilm sehen? Passt ein SUV oder ein Kleinwagen besser zu mir? usw.) Dabei wird ausgeblendet, dass es in der Politik nicht nur um (Aus-)Wahl von vorab bestehenden, klar definierten Alternativen geht, sondern auch um Beratung, Austausch, Diskussion, Streit, Versöhnung usw. – darum, seinen Standpunkt zu formulieren, gegen Einwände zu verteidigen und unter Umständen auch zu ändern. Diese Aspekte kommen aber nur zur Geltung, wenn die politische Rolle der Bürger\*in nicht auf die (Aus-)Wahl von (Berufs-)Politikern reduziert wird, sondern mit Eigeninitiative, mit Sprechen, Zuhören und Handeln gefüllt wird – in Familie und Schule, am Arbeitsplatz, in der Kirche, in Vereinen und Projekten. Demokratie muss Raum und Anreize schaffen für die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft. Die Bürgerrolle ist, bildlich gesprochen, kein Sonntagsgewandt, das am Wahltag abgestaubt und lediglich für den Gang zur Wahlurne übergestreift wird, sondern sie kann (und soll) zu einer zweiten Haut werden, die uns in verschiedensten Situationen Halt und Format verleiht.

Da die meisten Menschen sich im alltäglichen Nahbereich (Nachbarschaft, Kommune, Arbeitsleben) am ehesten kompetent fühlen und hier auch die stärkste Motivation zur Beteiligung verspüren (weil die Entscheidungen sie unmittelbar betreffen), verwendet Barber einige Mühe auf die Skizze von

demokratischen Institutionen wie Nachbarschaftsversammlungen, freiwillige Bürgerdienste und Beteiligungsformate am Arbeitsplatz. In diesen „Schulen der Demokratie“ sollen die Fähigkeiten und Bereitschaften erworben werden, die dann in einem zweiten Schritt politische Partizipation auf der zentralen (bundesstaatlichen) Ebene ermöglichen.

Demokratische Beteiligung hat aber nicht nur eine erzieherische Funktion. Sie ist für Barber in gewisser Hinsicht auch ein Selbstzweck. Sie kann zur Selbstverwirklichung beitragen, weil sie den Bürger\*innen ermöglicht, sich als Teile einer Gemeinschaft zu verstehen, die ihre Angelegenheiten selbstständig regelt. In Anlehnung an Rousseau spricht Barber davon, dass die Bürger\*innen einen „Gemeinwillen“ ausbilden. Dazu ist es aber notwendig, dass sie sich von ihren privaten Interessen distanzieren und einen Bürgerstandpunkt bei der Beurteilung politischer Fragen einnehmen können. Die konsequente Einnahme dieses auf Verallgemeinerung von Interessen zielenden Standpunktes würde nach Barber nicht dazu führen, dass hinsichtlich der Regelung politischer Grundsatzfragen Einigkeit – ein Konsens – Einigkeit erzielt werden kann. Oftmals werden divergierende Einschätzungen und Standpunkte bestehen bleiben. Aber Ziel des demokratischen Gesprächs muss es sein, dass – wie Barber in einer einprägsamen Metapher formuliert – „aus Fremden Nachbarn werden“, dass der oder die Andere gehört wird, auch wenn ich ihm oder ihr nicht zustimme. Durch Teilnahme an der Politik kann so ein Gefühl der Gemeinsamkeit geweckt werden, durch die der Einzelne sich als Teil eines Ganzen begreift – einen Ganzen, dass nicht bereits im Voraus (durch ethnische oder kulturelle Gemeinsamkeiten besteht), sondern erst durch den Beschluss zum gemeinsamen (politischen) Handeln ins Leben gerufen wird.

---

## 2. IST UNGLEICHHEIT ALS EIN GEWICHTIGES DEFIZIT DER DEMOKRATIE ZU WERTEN?

In der Tat, Ungleichheit ist nach Barber ein prinzipielles Problem für Demokratie. Manche Formen von Ungleichheit sind mit Demokratie schlicht nicht zu vereinen. So ist Demokratie untrennbar mit bestimmten Gleichheitspostulaten verbunden: Neben der Gleichheit der Wahlstimme zählen dazu auch die gleiche Möglichkeit, Probleme und Forderungen zu artikulieren und die faire Chancengleichheit. Mit dem letzteren ist gemeint, dass es – bei Talent und Einsatz – im Prinzip für alle Bürgerinnen und Bürger möglich sein muss, einflussreiche Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu erlangen.

Diese drei Gleichheiten sind sicherlich niemals vollständig verwirklicht, aber im Großen und Ganzen müssen wir laut Barber annehmen, dass diese Gleichheitsforderungen erfüllt sind, wenn wir von einer funktionierenden Demokratie sprechen wollen. Eine Gleichheit der Einkommen und Vermögen, also des sozioökonomischen Status, ist hingegen nicht erforderlich. Das Prinzip der fairen Chancengleichheit lässt ja soziale Unterschiede zu und diese sind sogar gewollt, weil sie – Stichwort „Leistungsprinzip“ – Anreizstrukturen für die Ehrgeizigen schaffen, die durch ihr durchaus auf den eigenen Vorteil bedachtes Engagement über Steuern und Abgaben zugleich den Wohlstandskuchen vermehren, von dem letztlich alle ein Stückchen erhalten.

Allerdings dürfen die sozioökonomischen Unterschiede nicht zu gravierend sein, weil die drei genannten demokratischen Gleichheitspostulate sonst gefährdet werden. Diese Einschätzung findet sich schon bei Aristoteles, gewissermaßen dem ältesten Demokratietheoretiker, der die Notwendigkeit einer breiten Mittelschicht für das Funktionieren einer Demokratie betonte. Was ist der Grund dafür? Eine angemessene Verwirklichung der Gleichheitspostulate wird durch starke sozioökonomische Ungleichheit behindert. Obwohl etwa das Recht auf Stimmengleichheit heute formal in demokratischen Verfassungen verankert ist,

zeigen empirische Studien, dass Menschen von diesem Recht sehr unterschiedlichen Gebrauch machen. Gut gebildete und wohlhabende Bürger\*innen gehen im Durchschnitt viel häufiger zur Wahl als ungebildete und arme, bei anderen, z.B. direktdemokratischen Beteiligungsformen wie Bürgerentscheiden o.ä. geht die Schere noch viel weiter auseinander. Gravierende sozioökonomische Ungleichheit begünstigt auch die Marginalisierung der Stimmen von Benachteiligten und Minderheiten, die oftmals weder das Knowhow, noch die finanziellen Mittel besitzen, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Und letztlich führt eine gravierende soziale Ungleichheit auch das Prinzip der fairen Chancengleichheit ad absurdum. Denn Bonuszahlungen an Finanzmanager, die das Jahresgehalt einfacher Bankangestellter um ein Hundertfaches übersteigen, sind nicht mehr durch Anreizstrukturen im Rahmen des Leistungsprinzips zu rechtfertigen – zumal dann nicht, wenn die von den Finanzjongleuren an den Randes des Bankerotts geführten Banken dann durch das Steueraufkommen gerettet werden müssen, zu dem die Großverdiener aufgrund von Schlupflöchern und Betrügereien keinen angemessenen Anteil beitragen.

Leider haben sich in den letzten Jahrzehnten die sozialen Ungleichgewichte in vielen demokratischen Gesellschaften vergrößert. In den USA klafft die Schere zwischen arm und (super-)reich immer weiter auseinander. Die politischen Eliten tun wenig, um diesem Übel abzuhelpfen. Ein radikales Umdenken kann nach Barber nur auf Initiative der Bürger\*innen hin geschehen. Er setzte hier bspw. Hoffnungen in die Bewegung „Occupy Wallstreet“, deren Anliegen von einem Großteil der Bevölkerung geteilt wurde, deren Protest aber sehr bald wieder abflaute.

---

### 3. WAS SIND ZENTRALE GRÜNDE FÜR UNGLEICHHEIT IN (WESTLICHEN) DEMOKRATIEN?

Der Kapitalismus als Wirtschaftssystem beruht auf dem Gewinnstreben der Einzelnen. Das ist nicht per se verwerflich, es kommt aber darauf an, dieses System durch einen politischen Rahmen zu regulieren und vor bestimmten gefährlichen Tendenzen zu bewahren. Die Erfolge der Arbeiterbewegung, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den fortgeschrittenen europäischen Ländern formierte, haben dazu geführt, dass der Kapitalismus sozialstaatlich „gezähmt“ wurde; zeitgleich war das Verhältnis von Unternehmern und Gewerkschaften durch ein gewisses Maß an Solidarität (Sozialpartnerschaft) geprägt.

Durch den Neoliberalismus sind die beiden Errungenschaften wieder ins Hintertreffen geraten: Die Privatisierung des öffentlichen Sektors hat nicht nur dazu geführt, dass der Staat sich aus immer weiteren Bereichen zurückgezogen hat – auch die politische Kultur hat sich verändert: Es ist ein Verlust an Gemeinsinn zu beklagen, der die gesellschaftliche Solidarität erodieren lässt.

Diese negative Entwicklung ist in Barbers Analyse durch zwei gegenwärtige Trends noch einmal verstärkt worden: Einerseits ist die *Globalisierung* ein Treiber der Privatisierung, weil v.a. Unternehmen zu den wichtigsten und mächtigsten global agierenden Akteuren gehören; andererseits trägt die *Digitalisierung* aktuell zu einer weiteren Erosion von Gemeinsinn, indem die User vor ihren Bildschirmen vereinzeln und die Kommunikation in Teilöffentlichkeit zerfällt – „Filterblasen“ und „Echokammern“ sind hier die zentralen Stichworte.

Sowohl Globalisierung als auch Digitalisierung ermöglichen auch verheißungsvolle neue Entwicklungen: Sie verschaffen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie z.B. Menschenrechtsorganisationen Möglichkeiten der transnationalen Vernetzung und stärken ihren Einfluss; oder sie ermöglichen eine neuartige Organisation von basisdemokratischem *grassroots*-Engagement

(aktuell könnte man etwa auf „Fridays for Future“ verweisen, die Barber nicht mehr erleben durfte, der aber sicherlich seine Sympathien gegolten hätten). Insgesamt überwiegen aber derzeit die negativen Effekte.

---

#### 4. WIE SOLLTEN WIR MIT AMBIGUITÄT (MEHRDEUTIGKEIT, WIDERSPRÜCHLICHKEIT) UND AMBIVALENZEN IM BEREICH DES POLITISCHEN UMGEHEN?

In Deutschland wird Politik oft am Ideal von Harmonie und Konsens gemessen: Verbreitet ist bis heute der Vorwurf, dass die Opposition nur kritisiere, anstatt mit der Regierung zusammenzuarbeiten; insbesondere in Krisenzeiten wird der Ruf nach Einigkeit laut. Auch einige prominente Demokratietheoretiker\*innen wie bspw. Jürgen Habermas weisen dem Konsens in der Politik eine besondere Bedeutung zu und gehen von der Annahme aus, dass grundlegende politische Entscheidungen einstimmig getroffen werden würden, wenn nur die verschiedenen Akteure gleichgut informiert wären und genügend Zeit hätten, ihre Argumente auszutauschen.

Für Barber hingegen bedeutet Demokratie im Kern Dissens und Konflikt. Wo Konsens besteht, benötigten wir keine Politik, dort könnten einfach die fraglos richtigen Lösung umgesetzt werden. Das sei Verwaltung, nicht Politik. Allerdings neigt Barber auch nicht der (z.B. in den Vereinigten Staaten recht weit verbreiteten) Gegenposition zu, die besagt, dass in der Bevölkerung Interessengegensätze existieren, die weitgehend unwandelbar sind und zwischen denen Kompromisse gefunden werden müssen. Denn eine solche Kompromissfindung wird zum Problem, wenn – wie dies in den USA in den letzten 20 Jahren immer stärker der Fall ist – die politischen Lager ideologisch immer weiter auseinanderdriften (Stichwort „Polarisierung“), – denn mit meinem Feind kann ich keine Kompromisse schließen.

Für Barber hingegen besteht Politik ganz wesentlich im Gespräch, das Zuhören, Respekt und Achtung verlangt. Damit ist keineswegs sichergestellt, dass Einigkeit erzielt werden kann – oftmals wird dies nicht der Fall sein. Aber Ziel des demokratischen Gesprächs muss es sein, dass – wie Barber in einer einprägsamen Metapher formuliert – „aus Fremden Nachbarn werden“, dass der oder die Andere gehört wird, auch wenn ich ihm oder ihr nicht zustimme. Eine Voraussetzung hierfür ist Ambiguitätstoleranz. Dazu muss das Gespräch einen bestimmten Rahmen haben, es muss sichergestellt werden, dass alle zu Wort kommen, verletzende Beleidigungen unterbleiben und unterschiedliche Perspektiven zur Sprache kommen.

Diese Zivilität des demokratischen Diskurses wird aktuell leider allzu häufig in Frage gestellt. Seit etwa 20 Jahren hat der Präsidentschaftswahlkampf in den USA mehr und mehr zu einer Schlammschlacht geworden – eine Tendenz, die durch das private und ideologisch extrem polarisierte Mediensystem (z.B. FoxNews vs. MSNBC) noch verstärkt wird. Auch die Kommunikation im Internet ist häufig unizivilisiert, weil hier vermittelnde Instanzen wie Moderatoren, die Rednerlisten erstellen und verbale Schläge unterhalb der Gürtellinie sanktionieren, einen viel schwereren Stand haben.

---

## 5. GIBT ES WAHRHEIT? WIE UND AUF WELCHER GRUNDLAGE KANN ICH ZWISCHEN RICHTIG UND FALSCH UNTERScheiden?

In Philosophie und Wissenschaft gibt es Wahrheit. Man muss diese beiden Ebenen unterscheiden: Bspw. ist der Satz des Pythagoras eine logische bzw. mathematische Wahrheit. Er folgt logisch aus mathematischen Definitionen und lässt sich im strengen Sinne beweisen. Die Tatsache, dass sich die Erde um die Sonne dreht (und nicht etwa umgekehrt) ist demgegenüber eine empirische Wahrheit, sie bezieht sich auf einen Sachverhalt in der Welt. Hier ist ein Beweis

nicht durch logisches Schlussfolgern möglich, sondern er muss durch wissenschaftliche Messverfahren erbracht werden. Die Messverfahren können fehlerhaft sein inexakt sein – deshalb sind diese Wahrheiten nicht so unumstritten wie die erste. Dennoch besteht unter den Wissenschaftlern heute ein einhelliger Konsens, dass diese Aussage wahr ist.

Solche unumstrittenen Wahrheiten sind für Barber aus einer politischen Perspektive uninteressant, weil Politik erst auf der Grundlage des Konflikts entsteht. Dort wo allerdings die Wissenschaft keine abschließende Klärung erreicht – wo also Konflikt auch die wissenschaftliche Debatte prägt wie bzw. in den Sozialwissenschaften – räumt Barber der Politik den Vorrang gegenüber der Wissenschaft ein. Wissenschaftler\*innen sollen ihre Argumente in den politischen Diskurs einbringen, sie dürfen allerdings nicht davon ausgehen, dass politische Entscheidungen aus ihren Theorien abgeleitet werden.

Lange Zeit war demgegenüber ein Vorrang der Philosophie bzw. Wissenschaft über die Politik angenommen und vertreten worden. So hatte bspw. Platon vorgeschlagen, den Aufbau der Polis an der Struktur der menschlichen Seele zu orientieren (über die vermeintlich sicheres Wissen bestand) und gelangte so – durch die Analogie zur Herrschaft der Vernunft über die Emotionen und Triebe – zum Ideal der Philosophenherrschaft. Aber auch heute gibt es im Feld der Politischen Philosophie Denker\*innen, die davon ausgehen, dass etwa Fragen der gerechten Verteilung im philosophischen Diskurs geklärt und dann politisch nur noch umgesetzt zu werden brauchen.

Diesem Primat der Philosophie tritt Barber entgegen und verweist auf die „Souveränität“ des Politischen, das keinem höheren Recht unterliegt. Anders als Platon (und einige zeitgenössische Denker) annehmen, werden nach Barber die Regeln für eine politische Ordnung nicht vorgefunden, sondern durch uns Menschen selbst erschaffen bzw. erfunden.

Über Politik kann und muss man streiten – über Wahrheit braucht man nicht zu streiten. Wahrheit ist also eigentlich etwas Unpolitisches. Gleichwohl ist es aus politischen Gründen von großer Wichtigkeit, anzuerkennen, dass es Wahrheit gibt und wir in vielen Fragen eindeutig zwischen wahr und falsch unterscheiden können. Und dass Wahrheitsansprüche nur auf der Grundlage von Argumenten bestritten und kritisiert werden können und nicht durch die bloße Behauptung „alternativer Fakten“ ohne Substanz.

---

## 6. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

Wir alle sind durch unsere Erfahrungen geprägt, nicht nur individuell, sondern auch als Menschen, die in bestimmten sozialen Kontexten leben. Natürlich mache ich als schwarze Frau in den Südstaaten der USA andere prägende Erfahrungen denn als weißer Mann an der Ostküste – und ähnliches ließe sich vermutlich für die Unterschiede zwischen einer Sozialisation im ländlichen Bayern und in Berlin-Mitte sagen. Obwohl Barber solche unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen und die mit ihnen verbundenen sozialen Wahrnehmungsfilter anerkennt und ernst nimmt, hat er davor gewarnt, solche vorpolitischen Unterschiede als gegeben und unüberwindbar anzunehmen. Sie sollten seiner Ansicht nach nicht zum Ausgangspunkt politischer Überlegungen gemacht werden wie z.B. durch Forderungen, dass die Interessen von Schwarzen nur durch Schwarze, die von Frauen nur durch Frauen repräsentiert werden können.

Für eine Demokratie ist es für Barber unabdingbar, dass die Bürger\*innen die Fähigkeit entwickeln, einen – wenn schon nicht unparteiischen – so doch multiperspektivischen Blick zu entwickeln. Der Philosoph Kant hat das die

„erweiterte Denkungsart“ genannt, die darin bestehe, „an der Stelle jedes anderen zu denken“ – und Barber würde hinzufügen: auch an der Stelle jedes anderen zu fühlen. Diese Fähigkeit hängt weniger mit der menschlichen Vernunft zusammen, also dem Vermögen logisch zu denken und Schlüsse zu ziehen, sondern mit der „Urteilskraft“, wie auch Kant es nennt: Hier geht es nicht um logische Schlussfolgerungen, sondern um das Abwägen zwischen Meinungen, die auf Pro- und Contra-Argumenten beruhen und die nicht wahr und falsch, sondern mehr und weniger plausibel sein können. Im Gegensatz zu Kant ist Barber aber nicht der Meinung, dass ein solcher Abwägungsprozess im stillen Kämmerlein im Zwiegespräch mit sich selbst geschehen kann – um wirklich die Perspektiven anderer wahrzunehmen und einzunehmen, bedarf es des Austausch zwischen Menschen aus Fleisch und Blut, die mit Verve und Leidenschaft für ihre Sache einstehen.

---

7. IN REFERENZ AUF DIE ARBEITEN UND DAS DENKEN VON BARBER:  
WELCHE IMPULSE/RATSCHLÄGE LASSEN SICH IN BEZUG AUF POLITISCHE  
URTEILSBILDUNG ODER EIN „GUTES POLITISCHES URTEIL“  
NENNEN/ABLEITEN? (WAS SOLLTE IM POLITISCHEN URTEILEN  
BERÜCKSICHTIGT WERDEN? WAS WÄRE NICHT GUT? WAS MACHT EIN  
GUTES POLITISCHES URTEIL AUS?...)

Barber weist dem Vermögen der Urteilsfähigkeit innerhalb seiner Demokratietheorie eine zentrale Bedeutung zu. Eine „starke“, die Partizipation der Bürger\*innen gleichermaßen ermöglichende wie einfordernde Demokratie, hängt ganz entscheidend von der politischen Urteilsfähigkeit der Bürger\*innen ab, denn diese sind an den politischen Entscheidungen eines Gemeinwesens ja wesentlich mit beteiligt. Wer demgegenüber davon ausgeht, dass politische Entscheidungen besser einer Elite von Expert\*innen anvertraut werden sollte, der wird sich vielmehr für eine repräsentativ-demokratische, evtl. sogar

expertokratische Form der Herrschaft, also bestenfalls eine „schwache“ Demokratie aussprechen.

Es scheint die Schlussfolgerung nahe zu liegen, dass politische Bildung, die sich dem Ziel einer Schulung der Urteilsfähigkeit verschreibt, somit nach Barber für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschafts- und Herrschaftsform essenziell sein müsste. Doch ist Vorsicht angebracht – denn ob Barber dieser Schlussfolgerung zustimmen würde, hängt wesentlich davon ab, wie politische Urteilsbildung konzipiert wird. Wird Urteilsbildung als ein primär *theoretisches* Unterfangen verstanden, als eine mentale Operation, die durch geeignete Aufgaben im schulischen Unterricht trainiert werden kann, vergleichbar anderen mentalen Operationen wie Rechnen, Lesen, logisch Schlussfolgern usw., – dann würde Barber keinen bedeutenden Zusammenhang zur Ausbildung von Demokrat\*innen erkennen. Für ihn ist Urteilsbildung ein *praktisches* Unterfangen, sie erfordert reales soziales und politisches Engagement, den echten und lebendigen Austrag von Kontroversen und die Konfrontation mit anderen Standpunkten durch lebensweltliche Begegnung mit Menschen anderer Herkunft und Meinungen.

In idealtypischer Zuspitzung unterscheidet Barber in der politischen Ideengeschichte zwischen zwei Traditionen politische Urteilsfähigkeit zu konzipieren, einer deutschen und einer anglo-amerikanischen Tradition. Die *deutsche* Tradition sei durch Immanuel Kant begründet und von Hannah Arendt (die sich an Kant orientiert) weitergeführt worden: Die Fähigkeit, ein gutes – und d.h. für diese Traditionslinie: unparteiisches, ausgewogenes und reflektiertes – politisches Urteil zu fällen, wird hier dem distanzierten *Zuschauer* eines politischen Geschehens, nicht jedoch dem leidenschaftlich in das Geschehen involvierten Akteur zugetraut. Kriterium eines guten Urteils ist, dass die oder der Urteilende die Perspektiven aller Beteiligten durch eine simulativ durchgeführte Perspektivenübernahme eingenommen und gegeneinander abgewogen hat –

auf diese Weis soll ein Höchstmaß an Objektivität bei der Beurteilung eines Sachverhalts entstehen.

Die *anglo-amerikanische Tradition*, zu der Barber neben dem Engländer Edmund Burke und dem US-Amerikaner John Dewey auch den (über Amerika schreibenden) Franzosen Alexis de Tocqueville zählt, hält nicht den abseits eines Geschehens stehenden Zuschauer, sondern den beteiligten *Akteur* für urteilskompetent. Denn nur dieser hat sich aus einer Position der distanzierten Vereinzelung herausbegeben, um die Standpunkte anderer tatsächlich kennenzulernen – ihre Nöte, ihre Ideale, ihre Wut und ihre Hoffnung. Der Weg zu einem guten Urteil führt hier nicht von der privaten Meinung über die simulative Perspektivenerweiterung zur Objektivität (wie in der ‚deutschen‘ Tradition), sondern von der Sichtweise des Einzelnen über die reale Konfrontation mit anderen Standpunkten zur Sozialität der Bürgerschaft. Ein gutes Urteil ist ein Beiproduct sozialen Austauschs und politischen Engagements – demokratische Politik ermöglicht ausgewogenes politisches Urteilen und nicht umgekehrt.

Was heißt dies für die politikdidaktische Anbahnung von Urteilsprozessen? Abschließend sollen Bezüge zu zwei Debatten der politischen Bildung geschlagen werden. Mit Blick auf die Diskussion um *Bürgerleitbilder* ist Barbers Position eindeutig: Weder der „reflektierte Zuschauer“ noch der „Interventionsbürger“ taugen für ihn als Leitbild der Bürger\*in einer starken Demokratie. Allein die „Aktivbürger\*in“ ist durch ihre Involvierung in die Politik in der Lage, auch ein kompetentes politisches Urteil zu fällen.

Mit Blick auf die Konzeption von *formalen (schulischen) politischen Bildungsprozessen*, die sich zum Ziel setzen politische Urteilsfähigkeit anzubahnen, legen die Überlegungen Barbers eine gewisse Skepsis nahe. Urteilsbildung ist keine Technologie, die sich durch die theoretische Optimierung von Unterrichtsmethoden oder -material auf instruktionistischem Wege optimieren lässt. Vielmehr sind zwei Rahmenbedingungen schulischer

Bildungsprozesse von Bedeutung: Zum einen muss Schule selbst als demokratischer Lebensraum erfahren werden können, was Möglichkeiten der Selbst- und Mitbestimmung erfordert; und zum anderen sollten didaktische Arrangements zur Schulung von Urteilsfähigkeit die Form simulativen Handelns so oft wie möglich hin zu realen Begegnungen übersteigen (z.B. *service-learning*).

---

## LITERATUR

- Arendt, Hannah: Wahrheit und Lüge in der Politik: Zwei Essays, München/Berlin 2013
- Barber, Benjamin R.: The Conquest of Politics: Philosophy Against Practice, in: Ders.: The Conquest of Politics. Liberal Philosophy in Democratic Times, Princeton/New Jersey 1988, S. 3-21.
- Barber, Benjamin R.: Political Judgement: Philosophy as Practice, in: Ders.: The Conquest of Politics. Liberal Philosophy in Democratic Times, Princeton/New Jersey 1988, S. 193-212.
- Barber, Benjamin R.: Foundationalism and Democracy. In: Jahrbuch Politisches Denken. Berlin: Duncker und Humblot 1993, S. 29-37.
- Barber, Benjamin R.: Starke Demokratie: Über die Teilhabe am Politischen. Aus dem Amerikanischen von Christiane Goldmann. Mit einem Vorw. des Autors zur dt. Ausg. und einem Nachw. von Hubertus Buchstein und Rainer Schmalz-Brunn, Hamburg 1994. – Original: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age (1984). Twentieth Anniversary Edition with a New Preface. Berkeley/Cal. u.a.: University of California Press 2003.
- Barber, Benjamin R.: Die liberale Demokratie und der Preis des Einverständnisses. In: Bert van den Brink/Willem van Reijen (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 360-384.
- Barber, Benjamin R.: Wie demokratisch ist das Internet? Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen, in: Leggewie, Claus/Maar, Christa (Hrsg.): Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie, Köln 1998, S. 120 – 133.
- Barber, Benjamin R.: Coca-Cola und Heiliger Krieg. Der grundlegende Konflikt unserer Zeit. Übers. aus dem Engl. von Günter Seib, Bern u.a. 2001.
- Barber, Benjamin R.: Die ambivalenten Auswirkungen digitaler Technologie auf die Demokratie in einer sich globalisierten Welt, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) Gut zu Wissen: Links zur Wissensgesellschaft, Münster 2002, S. 79-96.
- Barber, Benjamin R.: Demokratie am Ende? Wie die Privatisierung res publica korrumptiert. In: Nida-Rümelin, Julian/Thierse, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit. Neue Antworten in der globalisierten Ökonomie. Essen: Klartext 2004, S. 21-38.
- Barber, Benjamin R.: Consumed! Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Bürger verschlingt, München 2007.
- Barber, Benjamin R.: Can We Teach Civic Education and Service-learning in a World of Privatization, Inequality, and Interdependence? In: Journal of College and Character, 13:1 (2012), S. 1-10. DOI: 10.1515/jcc-2012-1869

- Barber, Benjamin R. & Battistoni, Richard: Introducing Service Learning into the Liberal Arts Curriculum. In: Political Science and Politics 26:2 (1993), S. 235-240.
- Weber, Florian: Selbstbestimmung durch Teilhabe. Theorie der partizipativen Demokratie. In: Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Bd. 1: Normative Demokratietheorie, VS-Verlag: Wiesbaden, 2012, 223-254.
- Frick, Marie-Luisa: Zivilisiert streiten. Zur Ethik der politischen Gegnerschaft. Dietzingen 2017.
- Gloe, Markus: Benjamin Barber (1939-2017): Barbers Starke Demokratie – Konsequenzen für die politische Bildung? In: Ders./Tonio Oeftering (Hrsg.): Politische Bildung meets Politische Theorie, Baden-Baden 2017, S. 261-283.
- Haus, Michael: Benjamin Barber: Starke Demokratie (1984), in: Manfred Brocke (Hrsg.): Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert. Berlin 2018, S. 679-693.
- Schäfer, Armin: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4:1 (2010), S. 131-156. doi:10.1007/s12286-010-0075-9.
- Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, No. 81 (2015), Frankfurt a.M.: Campus Verlag, <https://hdl.handle.net/11858/00-001M-0000-0024-6463-7>.
- Thiel, Thorsten: Digitalisierung. Gefahr für die Demokratie? In: Politikum 4:3 (2018), S. 50-55.